



Landeshauptstadt München, Direktorium  
Tal 13, 80331 München

An alle

Mitglieder des BA 3 und

Behörden

**Vorsitzende**

**Dr. Svenja Jarchow-Pongratz**

1. stellv. Vors. Gerhard Pischel

2. stellv. Vors. Gesche Hoffmann-Weiss

**Geschäftsstelle:**

Tal 13, 80331 München

Telefon: 2280 2666

Telefax: 2280 2674

E-Mail: bag-mitte.dir@muenchen.de

München, 14.10.2020

**Niederschrift der öffentlichen Sitzung des  
Bezirkssausschusses 3 Maxvorstadt am 13.10.2020  
St. Markus, Gabelsbergerstraße 6**

Beginn: 19.35 Uhr

Ende: 22.25 Uhr

Vorsitzende: Frau Dr. Jarchow-Pongratz

Protokoll: Frau Grüninger

**A Allgemeines**

**1. Begrüßung, Feststellung der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit**

**2. Beschluss über die endgültige Tagesordnung**

Zusätzlich aufgenommen werden die Tagesordnungspunkte der Tischvorlage sowie auf Wunsch von Frau Dr. Jarchow-Pongratz bei Punkt F „BA-Angelegenheiten“ die entfallene Bürgerversammlung und das weitere Vorgehen in Sachen Mieterbeirat. Herr Mittag bittet um Aufnahme der Kassenrevision. Herr Jakob möchte den Antrag B 1.1 gemeinsam mit dem Bauvorhaben B 2.1.5 behandeln lassen.

**Abstimmungsergebnis: Der ergänzten Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt**

**3. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung**

Frau Dr. Jarchow-Pongratz korrigiert die Angaben zu den Stellplätzen beim Bauvorhaben Arnulfstr. 62 (TOP A 5.3.1): Gemäß den Stellplatzrichtlinien müssen ca. 320 Stellplätze errichtet werden. Hiervon können 100 abgelöst werden, die Tiefgarage wird auf ca. 200 Stellplätze ausgelegt. Zusätzlich werden ca. 20 oberirdische Stellplätze geplant.

**Abstimmungsergebnis: Das geänderte Protokoll wird einstimmig genehmigt**

**4. Fragen an die Polizei**

Die Polizei ist coronabedingt angewiesen, vorläufig keine BA-Sitzungen mehr zu besuchen. Frau Dr. Jarchow-Pongratz wird Fragen und Antworten per Mail weitergeben.

Auf die Frage von Herrn Fleischer aus der Augustsitzung antwortet die Polizei, dass beim Parken in zweiter Reihe auf die jeweilige Situation geachtet wird. Die meisten Autofahrer halten nicht für einen Schanigartenbesuch sondern bspw. eine Apothekenabholung. Hier wird um zur zügigen Weiterfahrt angehalten. Bei Parkern in zweiter Reihe vor der Schule oder an bekannten Gefahrenstellen werden auch Bußgelder verhängt.

Herr Lang berichtet, dass die Max-Emanuel-Brauerei während der Wirtshauswiesn zum Teil völlig überfüllt war und die Sicherheitsabstände nicht eingehalten wurden. Er möchte wissen, ob diese Zustände der Polizei bekannt sind. Diese Frage wird weitergegeben.

**5. Bürgeranliegen**

**5.1 Der Bürger hat das Wort**

**5.2 Bürgerpost an den BA 3**

**5.2.1 Zustand der Wertstoffcontainer Adalbert-/Arcis- und Adalbert-/Tengstraße,**

Bürgeranliegen vom 06.09.2020

Der UA schlägt vor, die Stadtverwaltung zu bitten, die Firma Remondis aufzufordern, die Container zu reinigen. Das Thema ist derzeit auch Diskussionsthema im Stadtrat und wird von verschiedenen Seiten verfolgt.

**Abstimmungsergebnis: Diesem Vorgehen wird einstimmig zugestimmt**

- 5.2.2 Lärmbelästigung und exzessive Bestuhlung durch Bar in der Luisenstraße, Bürgeranliegen vom 13.09.2020

Der UA schlägt vor, die Bezirksinspektion zu bitten, sich der Beschwerden anzunehmen und die Außenbestuhlung zu prüfen.

Frau Eck nimmt Kontakt mit dem Bürger auf und teilt ihm zusätzlich die E-Mail-Adresse mit, die für Beschwerden über störend abgestellte E-Roller eingerichtet wurde.

**Abstimmungsergebnis: Dem UA-Vorschlag wird einstimmig zugestimmt**

- 5.2.3 Problematischer Fußgängerumgang an Baustelle Neureutherstraße 16 Bürgeranliegen vom 10.09.2020

Der UA schlägt vor, das Kreisverwaltungsreferat um Überprüfung der Situation und ggf. Verbreiterung des Durchgangs für Fußgänger\*innen zu bitten.

**Abstimmungsergebnis: Den UA-Vorschlägen wird einstimmig zugestimmt**

- 5.2.4 E-Roller auf Fußgängerwegen und in Einfahrten, Bürgeranliegen vom 15.09.2020

Frau Eck wird Kontakt mit dem Bürger aufnehmen und auch ihm die Mail-Adresse für die Beschwerde rücksichtslos abgestellter E-Scooter mitzuteilen. Das Bürgerschreiben wird mit der Bitte um Klärung an das KVR weitergeleitet.

**Abstimmungsergebnis: Dem UA-Vorschlag wird einstimmig zugestimmt**

- 5.2.5 Obdachlosigkeit in der Maxvorstadt, Bürgeranliegen vom 17.09.2020

Herr Lang hat das Anliegen an Schiller 25 weitergeleitet. Der Bürgerin wird empfohlen, sich bei Problemen direkt an die Beratungsstelle zu wenden. Die Hausverwaltung sollte dafür sorgen, dass Innenhöfe und Keller nicht von Unbefugten betreten werden können. Es wird zusätzlich vorgeschlagen REGSAM zu informieren.

**Abstimmungsergebnis: Dem UA-Vorschlag wird einstimmig zugestimmt**

- 5.2.6 Dachauer Straße zwischen Hauptbahnhof und Stiglmaierplatz zur Fußgängerzone umgestalten, Bürgeranliegen vom 17.09.2020

Der UA sieht diesen Vorschlag als nicht machbar an (u.a. wegen der Straßenbahn) und lehnt ihn daher ab. Frau Eck wird dem Bürger antworten.

**Abstimmungsergebnis: Dem UA-Vorschlag wird einstimmig zugestimmt**

- 5.2.7 Vorschläge für Baumpflanzungen in der Maxvorstadt, Bürgeranliegen vom 19.09.2020

Der UA MÖR befürwortet mehrheitlich die Baumpflanzungen und schlägt vor, das positive Votum des BA mit dem Schreiben an das Baureferat weiterzuleiten mit der Bitte um Prüfung der Spartenlage und Bericht an den BA.

Die Diskussion im BA ergibt, dass der erste Standort – das Gründreieck Thorwaldsen-/Lothstraße nicht mehr zum BA3 gehört. Die Anregung soll aber an den Nachbar-BA weitergegeben werden, da sich die Fläche sicherlich gut für eine weitere Baumpflanzung eignen würde. Die Baumpflanzungen Linprun-/Lorstraße und Kreittmayrstraße zwischen Sand- und Erzgießereistraße sind wegen der Spartenlage nicht für Baumpflanzungen geeignet. Frau Eck antwortet der Bürgerin. Frau Dr. Jarchow-Pongratz berichtet aber, dass das Baureferat auf Anregung einer Bürgerin 2018 die Pflanzung von drei neuen Bäumen in der Kreittmayrstraße zwischen Erzgießereistraße und Ferdinand-von-Miller-Platz zugesagt hat. Der BA soll an diese Zusage erinnern und baldige Umsetzung fordern.

**Abstimmungsergebnis: Diesem Vorgehen wird einstimmig zugestimmt**

- 5.2.8 Beschwerde über Biergarten Nordendstraße 2, Bürgeranliegen vom 29.09.2020

Frau Eck wird mit der Beschwerdeführerin Kontakt aufnehmen und ihr die Adresse des Vertreters der Anwohner in der Adalbertstraße mitteilen.

**Abstimmungsergebnis: Dem UA-Vorschlag wird einstimmig zugestimmt**

- 5.2.9 Einrichtung einer Kurzparkzone an der Grundschule Schwindstraße, Bürgeranliegen vom 30.09.2020

Der UA lehnt die Einrichtung von Kurzparkzonen vor Schulen aus Gründen des Hol- und Bring-Services und dem damit verbundenen Parkproblem ab und sieht eher den Elternbeitrag in der Pflicht, nach Lösungen für dieses Problem zu suchen. Herr Lang schlägt vor, das Thema zu vertagen und die Antragsteller in die UA-Sitzung einzuladen. Frau Thiele befürchtet, dass dadurch nur falsche Hoffnungen geweckt würden. Der BA habe derartige Wünsche in der Vergangenheit konsequent abgelehnt und sollte bei dieser Linie bleiben.

**Abstimmungsergebnisse:**

**Die Vertagung wird mehrheitlich abgelehnt**

**Dem UA-Vorschlag wird mehrheitlich zugestimmt**

- 5.2.10 Umwandlung der Schellingstraße in eine Tempo-30-Zone, Bürgeranliegen vom 01.10.2020  
Herr Lang schlägt eine Pop-Up-Tempo 30-Zone für die Schellingstraße vor, um den Wirten gleiche Chancen auf einen Schanigarten zu schaffen, wie der Konkurrenz in den Nebenstraßen. Zur Begründung wird die starke Zunahme des Radverkehrs sowie die eh schon bestehende Tempo 30-Regelung Mo-Fr von 7-19 Uhr herangezogen.

**Abstimmungsergebnis:**

**Der vorgeschlagene Antrag (Schaffung einer temporären Tempo 30-Zone in der Schellingstraße zwischen Amalien- und Arcisstraße) wird mehrheitlich beschlossen**

- 5.2.11 Türkenstraße 52/54 als Sinnbild schonungsloser Gentrifizierung  
Bürgeranliegen vom 11.10.2020

Die Sprecherin der Mietergemeinschaft fasst ihr Anliegen zusammen. Nachdem der Abbruch bestehender Wohnungen nicht verhindert und die Neubebauung genehmigt wurde, müsse nun zumindest die drohende Umwandlung der verbliebenen Miet- in Eigentumswohnungen verhindert und dazu die bevorstehende Novellierung des Bundesbaugesetzbuches für eine Verbesserung des Mieterschutzes genutzt werden. Angesichts der sehr bürokratischen und zögerlichen Haltung der Stadtverwaltung erwarten sich die Mieter auch vom Bezirksausschuss Unterstützung. Der Sprecher der Mietergemeinschaft Türkenstr. 50 ergänzt, dass von Vertreibung bedrohte Mieter ihr Informationsdefizit gegenüber den Vermietern nur mit Hilfe des BA etwas ausgleichen können, da die Behörden mit Rücksicht auf den Datenschutz keine direkten Auskünfte zu laufenden Verfahren erteilen. Er wünsche sich eine enge Zusammenarbeit und eine stärkere Betonung der besonderen Dringlichkeit in Schreiben und Anträgen an die Verwaltung, deren häufig unbefriedigende Antworten nicht widerspruchsfrei akzeptiert werden dürften. Frau Dr. Jarchow-Pongratz schlägt vor, das Bürgerschreiben im nächsten UA zu behandeln. Zudem appelliert sie an die Rolle der BA-Mitglieder in ihren Parteien, da das Thema der Gentrifizierung nicht im Bezirksausschuss lösbar ist, sondern über die Stadt, den Freistaat und die Bundesebene getragen werden muss. Frau Hoffmann-Weiss verweist auf den weiteren Fall Türkenstr. 25/27. Das Personal der LBK müsse dringend aufgestockt werden, damit die Zweckentfremdungsprüfungen schneller durchgeführt werden können.

**5.3 Vorstellungen und Berichte.**

**6. Antworten der Stadtverwaltung auf Anträge und Anfragen des BA**

- 6.1 Glasscherben auf dem gesamten Josephsplatz und Wochenendreinigung, Antwort des Baureferats auf zwei Bürgeranliegen (s. TOP A 5.2.13 und A 5.2.15/07 2020)
- 6.2 Parken in der zweiten Reihe in der Maxvorstadt besser ahnden  
BA-Antrag Nr. 20-26 / B 00183 vom 29.06.2020
- 6.3 Erneute Nachfrage zum Stand der Zwischennutzung des Anwesens in der Dachauer Straße 90/Gesundheitshaus, BA-Antrag Nr. 20-26 / B 00600 vom 18.08.2020  
Frau Dr. Jarchow-Pongratz berichtet: Der Vertrag für eine auf fünf Jahre angelegte Zwischennutzung wird demnächst abgeschlossen, so dass die Zwischennutzung noch in diesem Jahr beginnen sollte.
- 6.4 Mischparkbereiche in Anwohnerparkbereiche unbürokratisch umwandeln,  
BA-Antrag Nr. 20-26 / B 00186 vom 23.06.2020  
Die Mitglieder im UA finden die Antwort des Kreisverwaltungsreferats unbefriedigend und fordern nach wie vor eine unbürokratische Vorgehensweise zum Ausweisen von Anwohnerparkbereichen. Es gibt keine nachvollziehbaren Gründe für diese Verzögerung, der

UA fordert ein schnelles Handeln. Die Anwohner dürfen nicht im Stich gelassen werden. Der UA schlägt vor, dass der BA ein entsprechendes Widerspruchsschreiben an das KVR schickt und eine schnelle Umwandlung möglicher Straßen in reines Anwohnerparken im Interesse der Anwohner fordert. Frau Dr. Jarchow-Pongratz ergänzt, dass die Dringlichkeit des Gebiets auch in dem zitierten Schreiben der Antwort aufgegriffen wird. Somit sollte hier ein priorisiertes Vorgehen gefordert werden.

**Abstimmungsergebnis. Diesem Vorschlag wird einstimmig zugestimmt. Von den sonstigen Unterrichtungen unter A 6 wurde Kenntnis genommen.**

## 7. Berichte

### 7.1 Rechtsextremismusbeauftragter

Herr Dedert berichtet, dass die von der Fachstelle für Demokratie geplanten Vernetzungstreffen coronabedingt ausfallen mussten. Er hat Kontakt zum NS-Dokuzentrum und zum israelischen Generalkonsulat aufgenommen. Beide Institutionen wollen gerne mit dem BA kooperieren.

## B Klima, Umwelt und Planung

### 1. Anträge

#### 1.1 Antrag Grüne vom 28.09.2020

Runder Tisch mit Google

Der UA empfiehlt Zustimmung

gemeinsam mit TOP B 2.1.5 behandelt, daher ebenfalls vertagt (siehe unten).

#### 1.2 Antrag SPD vom 29.09.2020

Vorkaufsrecht für Airbnb-Wohnungen ausüben

Nach längerer Diskussion darüber, ob der Kauf von Einzelwohnungen zu sehr hohen Preisen durch die Stadt sinnvoll und finanziell tragbar ist oder eher die Zweckentfremdungssatzung entschiedener durchgesetzt und ggf. ergänzt werden sollte, zieht Herr Lang seinen Antrag zunächst zurück und wird ihn in ergänzter Form neu einbringen.

### 2. Entscheidungen und Anhörungen

#### 2.1 Bauvorhaben

##### 2.1.1 Baulisten der LBK: 37., 38., 39. KW

##### 2.1.2 WEB-Listen der LBK: 36., 37. KW

##### 2.1.3 Schleißheimer Straße 50 / RGB – Tektur, Errichtung eines Rückgebäudes (Büronutzung) unter Erhalt der bestehenden Umfassungs- und Brandwände eines ehemaligen Werkstattgebäudes – hier: Nutzungsänderung dreier Büro- zu drei Wohneinheiten unter Beibehaltung der Gebäudekontur, teilweise Änderungen der Fassade und von Innenwänden, Verkleinerung des Kellers

Das Bauvorhaben wurde im UA nicht behandelt, da dem Vorsitzenden die Pläne nicht vorlagen. Wenn möglich, wird bei der LBK Fristverlängerung beantragt und die Behandlung in den November vertagt.

**Abstimmungsergebnis: Diesem Vorgehen wird einstimmig zugestimmt**

##### 2.1.4 Linprunstraße 11-19 – Tektur, Neubau einer Wohnanlage (28 WE) mit Tiefgarage und Auffüllung eines Tiefhofs

Im ersten Bauantrag wurde bei einem Ortstermin davon gesprochen, dass die Mauer die Begrenzung der Baumaßnahmen sei. Die jetzt zur Fällung beantragten Bäume waren damals nicht Gegenstand einer Bebauung und lt. Landschaftsarchitektin sollten die Bäume erhalten bleiben. Aus naturschutzfachlicher Sicht ist dieser alte Baumbestand sehr erhaltenswert und für das Viertel wichtig.

Der BA bat in seiner Stellungnahme im August 2020 um eine Begründung der sechs neuen Fällungen und um Zusendung des Freiflächengestaltungsplanes. Der Freiflächengestaltungsplan mit wesentlichen Veränderungen wurde dem BA zugeleitet. Eine Begründung für die Fällungen erfolgte nicht.

Warum die vorgelegte Tektur jetzt eine wesentliche Vergrößerung der Tiefgarage vorsieht, kann also hier nicht nachvollzogen werden. Im Bebauungsplan ist eine grünordnerische Festsetzung für diese Flächen ausgewiesen. Lt. Bebauungsplan sollen auch nur drei Bäume,

die unter die Baumschutzverordnung stehen, gefällt werden. Nun kommen sechs weitere Fällungen hinzu.

Beschluss: Dem BA ist die Vergrößerung der Tiefgarage zu begründen. Falls die Begründung nachvollziehbar ist, sollte in jedem Fall alles getan werden, um die beiden Bäume Nr. 425 und 430 zu erhalten. Wurzelvorhang und geringfügige Änderung der Tiefgarage sollten es wert sein, diesen alten Baumbewuchs zu erhalten.

**Abstimmungsergebnis: Dem UA-Vorschlag wird einstimmig zugestimmt**

- 2.1.5 Arnulfstraße 62, Umbau des ehemaligen Paketzustellamts („Arnulfpost“) in einen Bürokomplex und ein Entwicklungszentrum eines Technologieunternehmens
- Drei Vertreter von Google waren anwesend, um die Pläne für die Arnulfpost im UA zu erläutern und Fragen zu beantworten. Die bautechnischen Aspekte wurden größtenteils vom leitenden Architekten vorgetragen. Folgende Themen wurden behandelt:
- Google muss laut Stellplatzverordnung ca. 320 Stellplätze schaffen. Von diesen können 100 abgelöst werden. 20 Parkplätze sind oberirdisch geplant, die übrigen in der Tiefgarage. In der Tiefgarage können auch E-Auto Stellplätze errichtet werden. Bis auf die rund 20 oberirdischen Parkplätze hat Google kein Interesse an Stellplätzen und wäre bereit, den derzeit geplanten Tiefgaragenbereich alternativen Nutzungen zuzuführen bzw. zur Verfügung zu stellen. Vorschläge wären z.B. Stellplätze für gemeinnütziges Carsharing (STATTAuto) oder Regenwasserspeicherung. Letzteres wäre laut Auskunft des Architekten auch technisch machbar. Die Voraussetzungen für eine alternative Nutzung des für Stellplätze verplanten Raums wären a.) dass die Landeshauptstadt München Google von der derzeit durch die Stellplatzverordnung bestehenden Verpflichtung befreit, eine so große Zahl von Stellplätzen vor Ort bereitzustellen und b.) zeitnahes Handeln, da je weiter Planung und Bauarbeiten voranschreiten, eine nachträgliche Änderung unwirtschaftlich bzw. undurchführbar würde. Google betont nachdrücklich, dass von Seiten des Unternehmens ein großes Interesse an einer solchen Lösung besteht, da die Mitarbeiter aktiv dazu angehalten sind, für den Weg zur Arbeit öffentlichen Nahverkehr oder Rad zu nutzen und keine Stellplätze vor Ort erhalten.
  - Die nach Stellplatzverordnung geplante Anzahl an Fahrradstellplätzen wird deutlich übererfüllt: gefordert wären 195, derzeit geplant sind 376 Plätze, wobei die endgültige Zahl tendenziell noch höher ausfallen soll.
  - Laut Planungsunterlagen sind 1800 Arbeitsplätze vorgesehen. Dies ist die nach Arbeitsstättenrichtlinie maximal mögliche Anzahl an Arbeitsplätzen. Tatsächlich sollen keinesfalls mehr als 1500 Arbeitsplätze eingerichtet werden. Dass diese Zahl durch Corona „Nachwirkungen“ (vermehrtes Homeoffice) weiter reduziert werden könnte, sei laut Google durchaus möglich. Ob und inwieweit dies tatsächlich der Fall sein wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt allerdings noch offen.
  - Ca. die Hälfte der Freifläche um die Rotunde sowie die westliche Durchfahrt werden zu den Bürozeiten von 06:00-20:00 öffentlich zugänglich sein. Die Freifläche um die Rotunde wird neben Begrünung mit Außenmöblierung, einer Freischankfläche von 145 m<sup>2</sup> sowie diversen Fahrradstellplätzen gestaltet.
  - Für den Wasserabfluss sorgen die 4 in den Plänen ersichtlichen Rigolen, dies ist aus denkmalschutzrechtlichen und technischen Gründen auch die einzige Möglichkeit. Die Tiefgarage reicht (in einer Wannenkonstruktion) ca. 4-5 Meter ins Grundwasser. Es soll ein Grauwasserkreislauf für Toilettenspülungen etc. eingerichtet werden.
  - Die Beheizung wird durch Fernwärme erfolgen. Der auf den Plänen verzeichnete Heizöltank ist ein Dieseltank für den Betrieb eines Notstromaggregats.
  - Google ist zu all den bisher genannten Punkten in einem laufenden Dialog mit der LBK (etwa im Monatsrhythmus) und wäre grundsätzlich bereit, auch den BA in solche Gespräche einzubeziehen.
  - Der Schaffung von Wohnraum direkt in der Arnulfpost steht Google ablehnend gegenüber. Aufgrund von Lage und Alter des Gebäudes müssten entsprechende Räume im Box-in-Box Verfahren erschlossen werden. Die Rotunde ist für Meeting-, Besprechungs- und Gemeinschaftsräume verplant und soll keine Büros enthalten; in den übrigen Blöcken wären ursprünglich zwar 145 Hotelzimmer geplant gewesen, eine teilweise Nutzung zu

Wohnzwecken wäre aber technisch aufwändig und unwirtschaftlich, außerdem arbeits- und versicherungsrechtlich problematisch.

Baumschutzbeauftragte: Zum Freiflächengestaltungsplan wird wie folgt Stellung genommen: Für die extensive Dachbegrünung auf dem Querbau werden zwei verschiedene Aufbauhöhen dargestellt. Hier sollte durchgehend die Höhe von 48 cm verwendet werden, um eine höhere Retentionswirkung zu erreichen. Zudem ist das Dach des Querbaus unzureichend beschattet für die vorgesehenen Freizeitnutzungen, da in den Sommermonaten mit einer intensiven Sonneneinstrahlung zu rechnen ist. Hier sollte primär natürliche Beschattung durch größere Sträucher vorgesehen werden. Die Hoffläche ist fast vollständig versiegelt, was aufgrund der Zunahme von Extremwetterereignissen nicht wünschenswert ist. Um das Gelände klimaresilient zu gestalten, ist eine weitestgehende Entsiegelung der Höfe und Parkplätze z.B. durch Rasengittersteine oder andere versickerungsfähige Beläge anzustreben. In mehreren Vorlagen der LHM wird außerdem darauf hingewiesen, dass die Aufenthaltsqualität durch eine Reduzierung von befahrbaren Flächen in allen Höfen verbessert werden soll. Wie bereits in der Sitzung des UA Klima Umwelt Planung mit Vertretern von Google vorgeschlagen, bittet der BA um Prüfung, ob die unterirdisch zur Verfügung stehenden nicht genutzten Parkplätze zur Regenwasserspeicherung und ggf. -aufbereitung verwendet werden können. Dieses Wasser könnte im Gebäude z.B. für Toilettenspülungen genutzt werden. Westlich der Rotunde sind keine Feuerwehrezufahrten in den Plänen dargestellt. Sind die umliegenden Gebäude trotzdem im Notfall ausreichend zugänglich? Außerdem bittet der BA um Prüfung, wo Fassadenbegrünung möglich ist. Auch kleinere Oberflächen sind geeignet und sinnvoll. Zudem sollten die geplanten öffentlich zugänglichen Freiflächen gekennzeichnet werden, um eine Nutzung durch alle BürgerInnen zu gewährleisten.

Da das UA-Protokoll sehr spät vorlag und im Unterausschuss kein konkreter Vorschlag für eine Stellungnahme gefasst wurde, wird die Behandlung des Vorhabens in die nächste Sitzung vertagt.

**Abstimmungsergebnis: Die Vertagung wird einstimmig beschlossen.**

Die CSU-Fraktion beantragt, auch TOP B 1.1 zu vertagen, da zu Beginn der Sitzung die gemeinsame Behandlung beider Tagesordnungspunkte vereinbart wurde.

**Abstimmungsergebnis: Die Vertagung von TOP B 1.1 wird mehrheitlich beschlossen**

#### 2.1.6 Türkenstraße 23, Neubau eines Wohnhauses (5 WE)

Der gesamte Hof ist derzeit versiegelt. Bei der Neugestaltung sind die versiegelten Flächen auf das absolut notwendige Maß zu begrenzen. Die weiteren Flächen z.B. auch die Fahrradabstellflächen sind mit einem wasserdurchlässigen Belag zu gestalten. Die Strom- und Heizungsleitungen an der nördlichen Grundstücksseite sind in wurzelresistenten Rohren zu verlegen. Dann kann an dieser Grundstücksseite auch ein Baum Wuchsklasse II (z. B. Vogelbeere) gepflanzt werden. Das gleiche gilt für den Bereich an der westlichen Grundstücksgrenze. Bei Beachtung dieser Punkte empfiehlt der UA Zustimmung.

**Abstimmungsergebnis: Dem UA-Vorschlag wird mehrheitlich zugestimmt**

### 3. Vollzug der Baumschutzverordnung, Baumfällungen, Grün- und Freiflächenplanung

#### 3.1 Vollzug der Baumschutzverordnung

#### 3.2 Baumfällungen

### 4. Aktuelle Sachstandsberichte

### 5. Unterrichtungen

#### 5.1 Referat für Stadtplanung und Bauordnung, Beschlussvorlage

Verhinderung weiteren Zuzugs, Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 00518

#### 5.2 Referat für Stadtplanung und Bauordnung, Beschlussvorlage

Unterstützung der Artenvielfalt in München durch Erhalt und Ausweitung des Bestandes von Hecken, Büschen und Wandbegrünungen, Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 00894

#### 5.3 Referat für Stadtplanung und Bauordnung, Beschlussvorlage

Sport- und Kulturbedarfe in der wachsenden Stadt, Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 00758

#### 5.4 Grundsätzliche Forderung von Ersatzpflanzungen bei Baumfällungen, Schreiben des BA 17 Obergiesing-Fasangarten

- 5.5 Fällungsgenehmigung für einen Götterbaum in der Augustenstraße 56  
 5.6 Referat für Stadtplanung und Bauordnung, Beschlussvorlage  
 Wege aus der Wohnungsnot, Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 00445  
**Von den Unterrichtungen unter B 5 wurde Kenntnis genommen.**

## **C Mobilität und öffentlicher Raum**

### **1. Anträge**

- 1.1 Antrag Grüne vom 28.09.2020  
 Augustenstraße: Auskunft zum Planungsstand und Umgestaltung zum verkehrsberuhigten Geschäftsbereich  
 Im UA wurde gebeten, die Forderung nach Shared Space aus dem Antrag zu streichen. Ein entsprechend geänderter Antrag wird in die Vollversammlung eingebracht. In der Diskussion merkt die CSU-Fraktion an, dass die Änderung der Augustenstraße in einen verkehrsberuhigten Geschäftsbereich von den durch Herrn Mittag befragten ansässigen Geschäften nicht gewünscht sei. Frau Eck merkt an, dass nicht mit Einschränkungen für die Geschäfte zu rechnen ist, sondern vielmehr mit einer Entzerrung der überfüllten Gehwege und somit einem entspannteren Einkaufen. Es wird diskutiert, nur die Forderung nach dem Planungsstand anzubringen. Frau Dr. Jarchow-Pongratz merkt an, dass mindestens 3 Anträge hierzu noch ausstehen (Fristverlängerung war bis 30.07.2020 gegeben) und hier eh dringend nachgefragt werden muss. Die Antragstellerinnen möchten den Antrag in der vorliegenden Form erhalten, da er anders als ein reiner Planungsstand auch eine konkrete und einfach und schnell umsetzbare Option bietet. Dies hätte die Hoffnung, dass sich auch vorübergehend etwas ändert, da Planungen sicherlich noch mehrere Jahre in Anspruch nehmen werden.  
**Abstimmungsergebnis: Der abgeänderte Antrag wird mehrheitlich abgelehnt**
- 1.2 Antrag Grüne vom 28.09.2020  
 Umsetzung des provisorischen Radstreifens in der Ludwigstraße südlich des Siegestors  
 Der UA empfiehlt Zustimmung  
 Nach längerer Diskussion um die genaue Lage des Radwegs wird der Antrag mit Einverständnis der Antragstellerinnen durch Streichung der Forderung nach schneller Umsetzung und von Frage 2 in eine Anfrage zum Stand der Planungen umgewandelt.  
**Abstimmungsergebnis: Der Antrag wird in dieser Form einstimmig beschlossen**
- 1.3 Antrag Grüne und SPD vom 28.09.2020  
 Umwandlung eines Kfz-Stellplatzes in Fahrradstellplätze vor der Enhuberstraße 5-7  
 Der Antrag wurde in einen gemeinsamen Antrag von Grüne und SPD abgeändert.  
 Herr Mittag berichtet, dass alle Fahrräder im vorhandenen Fahrradkeller Platz finden könnten, wenn die dort abgestellten Schrotträder entsorgt werden und lehnt die Umwandlung daher als unnötig ab.  
**Abstimmungsergebnis: Der Antrag wird mehrheitlich beschlossen**
- 1.4 Antrag CSU vom 29.09.2020  
 Pop-Up-Radwege in der Maxvorstadt sofort zurückbauen  
 Der UA schlägt mehrheitlich Ablehnung vor. Es wird darauf hingewiesen, dass bereits in der Augustsitzung 2020 ein mehrheitlich positives Votum des BAs zu den Pop-up Radwegen abgegeben wurde.  
**Abstimmungsergebnis: Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt**
- 1.5 Antrag SPD vom 22.09.2020  
 Radparkplätze in der Kreittmayrstraße  
 Die Antragsteller ziehen den Antrag zurück, da es sich bei dem Halteverbot um eine dringend benötigte Fläche für die LKWs der Hopffisterei handelt.
- 1.6 Antrag SPD vom 22.09.2020  
 Gehweg Lothstraße schützen  
 Der UA schlägt mehrheitlich Ablehnung des Antrags vor: Der UA lehnt die Anbringung von Pollern ab und weist darauf hin, dass bestehende Anordnungen – hier absolutes Halteverbot - eingehalten werden müssen und keine zusätzlichen Maßnahmen nötig sein dürften.  
**Abstimmungsergebnis: Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt**

## 2. Entscheidungen und Anhörungen

### 2.1 Verkehr

- 2.1.1 „Autofreie Altstadt“: Parkraumkonzept Innenstadt, Anhörung zur Beschlussvorlage  
Der UA begrüßt die Beschlussvorlage und stimmt der Vorgehensweise zu. Auch deswegen, weil dadurch verringerte Kfz-Belastungen auf den durch den dritten Stadtbezirk führenden Zufahrtsstraßen erwartet werden können. Eine Verdrängung des Parkens und des Verkehrs von der Maxvorstadt in die umgebenden Innenstadtrandbezirke ist zu vermeiden. Auch in den Innenstadtrandbereichen wie unserem Stadtbezirk gibt es vermehrt Forderungen nach Verkehrsberuhigung und Verbesserungen für Zufußgehen und Radverkehr.  
Deshalb bittet der UA um Maßnahmen, die einem erhöhten Parksuchverkehr in den angrenzenden Gebieten entgegenwirken.

**Abstimmungsergebnis: Dem UA-Vorschlag wird mehrheitlich zugestimmt**

- 2.1.2 Austausch von Lichtsignalanlagen: Georgen-/Nordendstraße  
Der UA empfiehlt Zustimmung.

**Abstimmungsergebnis: Dem UA-Vorschlag wird einstimmig zugestimmt**

- 2.1.3 Radroute Mailingstraße – Lothstraße: Lückenschluss in der Nymphenburger Straße dazu Ortstermin am 12.10.2020 um 15 Uhr an der Kreuzung Mailing-/Nymphenburger Straße

Herr Lang berichtet: Die beim Ortstermin anwesenden BA-Mitglieder bevorzugen eigentlich Lösung 3 (Versetzen der Lichtsignalanlage Nymphenburger/Adamstraße), die allerdings erst langfristig umgesetzt werden könnte, wenn die Ampelanlage aus Altersgründen ausgetauscht werden muss. Schneller und kostengünstiger lässt sich Lösung 6 (bauliche Querungshilfe für Radfahrende an der Einmündung der Lothstraße) realisieren. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung schickt ein Protokoll des Ortstermins. Dann muss der BA eine Stellungnahme beschließen.

- 2.1.4 Busbeschleunigung – Drittes Maßnahmenbündel  
(Anhörung zur Beschlussvorlage für den Stadtrat)

Der UA schlägt Zustimmung mit der Maßgabe einer Prüfung vor, ob tatsächlich 30 Parkplätze in der Lothstraße entfallen müssen.

Herr Lang spricht sich gegen den Wegfall der Parkplätze aus: Sie werden angesichts des hohen Parkdrucks dringend benötigt. Herr Mittag gibt zu bedenken, dass schon die Einrichtung der Bushaltestellen Parkplätze gekostet habe und zu Anwohnerprotesten geführt habe. Herr Lang hält die geplante Verbreiterung der Fahrbahn für unnötig, da auch für Busse nie Probleme im Begegnungsverkehr zu beobachten seien. Sie verleite aller Erfahrung nach die Autofahrer zu höheren Geschwindigkeiten. Er schlägt vor, stattdessen die Lothstraße durchgehend als Vorfahrtsstraße auszuweisen. Frau Hipp schätzt die Situation anders ein: Eine breitere Fahrbahn würde die Verkehrssicherheit für Radfahrende deutlich verbessern und sei die Grundlage für die angestrebte Busbeschleunigung.

**Abstimmungsergebnis: Der UA-Vorschlag wird mehrheitlich abgelehnt**

### 2.2 Öffentlicher Raum

- 2.2.1 Ludwigstraße 21: Genehmigung eines mobilen Fahrradständers, Bitte um erneute Behandlung zur Vermeidung einer OB-Entscheidung (vgl. TOP B 2.2.3/08 2020)  
Der UA schlägt vor, bei der BA-Entscheidung zu bleiben und den Radlstander abzulehnen. Es ist eine Tiefgarage vorhanden, in der auch Fahrräder Platz finden. Generell lehnt der UA das weitere Zustellen des öffentlichen Raumes ab.

**Abstimmungsergebnis: Dem UA-Vorschlag wird einstimmig zugestimmt**

### 2.3 Gaststätten

- 2.3.1 Barer Straße 54-56: Antrag auf Kleinstfreischankfläche  
Der UA empfiehlt Zustimmung.

**Abstimmungsergebnis: Dem UA-Vorschlag wird einstimmig zugestimmt**

### 2.4 Veranstaltungen

- 2.4.1 Infoveranstaltung „Verkehrssicherheit mit E-Scootern“ am 24.10.2020, Wittelsbacherplatz  
Die Veranstaltung wurde abgesagt.
- 2.4.2 Straßentheater PLAN B am 23.10.2020 im Arnulfpark  
Der UA empfiehlt Zustimmung.



**Abstimmungsergebnis: Dem UA-Vorschlag wird einstimmig zugestimmt**

## 2.4.3 Kunstaktion „Glyptothek“: Weitere Verlängerung bis 23.01.2021

Der BA stimmt der Verlängerung zu.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

## 2.5 Aktuelle Sachstandsberichte

**Fahrradstellplätze Schelling-/Ecke Schwindstraße**

Vor dem Haus Schwindstraße 18 werden Fahrradstellplätze eingerichtet.

Hintergrund: Die Fahrradstellplätze waren bereits Ende 2019 von der Stadt genehmigt, allerdings auf der Fläche auf der sich jetzt die Freischankfläche der Gaststätte „Obacht“ befindet. Auf Initiative von Frau Eck war das Baureferat vor Ort, um einen alternativen Standort zu finden. Dieser wird jetzt vor der Schwindstraße 18 eingerichtet.

Auf Nachfrage von Herrn Mittag stellt Frau Eck klar, dass es sich um einen verwaltungsinternen Ortstermin ohne Beteiligung von BA-Mitgliedern gehandelt hat.

**Bürgerbeschwerde Lärmbelästigung über Gaststätte in der Türkenstraße 83 (TOP A. 5.2.4 / 09 2020)**

Der Anwohner beschwerte sich noch einmal persönlich per Mail bei Frau Eck über die dauerhafte Lärmbelästigung und bat um eine Lärmpegelmessung vor Ort. Frau Eck hat den Sachverhalt an die BI weitergeleitet. Die Antwort der BI lautete: Eine amtliche Lärmpegelmessung sei nur möglich, wenn mehrere Nachweise wie Bußgeldbeschwerden vorliegen. Ansonsten möge der Bürger sich direkt an die BI wenden.

3. **Unterrichtungen**

- 3.1 Kreisverwaltungsreferat, Ausnahmegenehmigungen zum Aufstellen von Tischen und Stühlen auf öffentlichen Verkehrsgrund oder auf Grünflächen vor Gaststätten  
a) Arnulfstr. 10, b) Türkenstr. 74, c) Veterinärstr. 10, d) Schönfeldstr. 22, e) Schellingstr. 9
- 3.2 Referat für Stadtplanung und Bauordnung, Beschlussvorlage  
Quartalsbeschluss zur Umsetzung des Bürgerbegehrens Radentscheid, Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 001458
- 3.3 Umwandlung der Arcis- und Karlstraße in eine Fahrradstraße, OB-Entscheidung zur Bürgerversammlungsempfehlung Nr. 14-20 / E 3102 vom 28.11.2019
- 3.4 Genehmigung von Freischankflächen – Verfahrensweise ab 01.10.2020 bis 31.03.2021
- 3.5 Verkehrsrechtliche Anordnung: Sperre des Altstadttringtunnels in der Nacht vom 15. auf 16.10.2020

**Von den Unterrichtungen unter C 3 wurde Kenntnis genommen.**

**D Soziales und Bildung**1. **Anträge**2. **Entscheidungen und Anhörungen**

- 2.1 Auswahlverfahren REGSAM-Schwerpunktgebiete ab 2021

Der UA sieht derzeit keinen Bedarf für eine Bewerbung als Schwerpunktgebiet.

**Abstimmungsergebnis: Dem UA-Vorschlag wird einstimmig zugestimmt**

- 2.2 Budget

Antragsteller: MobilSpiel e.V.

Maßnahme: Kickklusion – Inklusion in Bewegung vom 17. bis 21.10.2020 im Arnulfpark  
beantragter Zuschuss: 4.350,00 €

**Abstimmungsergebnis: Dem beantragten Zuschuss wird einstimmig zugestimmt**3. **Aktuelle Sachstandsberichte**

Der Leiter des D3 Begegnungszentrums stellt seine Einrichtung vor. Sie wird täglich intensiv genutzt. Anfängliche Probleme wurden in der Zwischenzeit zum großen Teil abgestellt. Die Caritas betreibt seit September am Karl-Stützel-Platz nach einer Pause wieder den Imbisswagen mit dem Titel „Münchner Korbinian-Küche“. Seine Leiterin stellte das Projekt vor. Der Wagen wird täglich von 450-500 bedürftigen Personen besucht. Die Kooperation mit dem Spielhaus Sophienstraße ist sehr gut. Trotzdem sind sie auf der Suche nach einem besseren Standort mit mindestens 600 m<sup>2</sup> Innenfläche, damit die

Bedürftigen ihr Essen im Trockenen verzehren können. Es gibt gute Chancen, etwas am Starnberger Flügelbahnhof zu bekommen.

#### 4. **Unterrichtungen**

- 4.1 Jury-Entscheidung zum Einsatz des Kita-Stadtteil- und des Kinder-Aktions-Koffers 2021  
Der Koffer geht in diesem Jahr leider nicht an die Maxvorstadt. Frau Dr. Jarchow-Pongratz dankt Frau Hergarten für die Bewerbung und ihre Bereitschaft auch im kommenden Jahr nochmals eine Bewerbung einzureichen. Darüber hinaus wird im BA angeregt, auf eine Aufstockung der Koffer hinzuwirken, damit mehr als ein Stadtteil davon profitieren kann.  
**Von der Unterrichtung unter D 4 wurde Kenntnis genommen.**

### E **Kultur und Demokratieförderung**

#### 1. **Anträge**

#### 2. **Entscheidungen und Anhörungen**

##### 2.1 Budget

Antragsteller: Kunstraum Schwabinggrad

Maßnahme: Einzelausstellung „She brings the pain“ vom 29.10. bis 29.11.2020

beantragter Zuschuss: 1.000,00 €

Der UA schlägt vor, den Zuschuss als „Starthilfe“ für den neuen nicht kommerziellen Ausstellungsraum zu gewähren. Eine Dauerförderung der Initiative ist nicht angedacht.

Frau Gehling stört sich an dem Namen „Schwabinggrad“ für eine in der Maxvorstadt

ansässige Galerie und möchte den Zuschuss nur gewähren, wenn der Name des

Kunstraums geändert wird. Frau Vilgertshofer verweist auf die Assoziationen, die der Name erweckt und hält eine Namensänderung als Bedingung für einen einmaligen Zuschuss für unverhältnismäßig.

**Abstimmungsergebnis: Dem UA-Vorschlag wird mehrheitlich zugestimmt**

##### 2.2 Budget

Antragsteller: Ludwig-Maximilian-Universität

Maßnahme: Münchner Propyläen 360\*: Virtuelle Panoramatur vom 15.11.2020 bis 15.02.2021

beantragter Zuschuss: 5.475,04 €

Der UA empfiehlt grundsätzlich der Förderung in voller Höhe zu. Die beantragte Summe liegt allerdings deutlich über den sonst üblichen Summen, weswegen der Antrag in den kommenden Fraktionssitzungen noch einmal diskutiert wird, um zu einer endgültigen Empfehlung zu kommen. Als Bedingung für die Förderung muss auf jeden Fall gewährleistet sein, dass die produzierten 360° Videos langfristig für eine breite Öffentlichkeit zugänglich sind. Die Antragstellerin hat bereits zugesagt, dass die Panoramatur für mindestens ein Jahr auf den Homepages der LMU und des griechischen Generalkonsulats verlinkt werden.

**Abstimmungsergebnis: Dem beantragten Zuschuss wird mehrheitlich zugestimmt**

#### 3. **Aktuelle Sachstandsberichte**

U-Bahn Galerie

Vorstellung neuer Bewerber:innen:

Dasha Minkina

Die Bewerberin stellt ihre Arbeiten vor, bei denen es sich größtenteils um Portraits, die sich mit Emotionen befassen handelt. Die Arbeiten sind qualitativ hochwertige, eine Anbindung an die Maxvorstadt ist durch den Wohnort der Künstlerin gegeben. Mit der Bereitstellung der Ausstellungsräume für eine junge Nachwuchskünstlerin wird dem Sinn und Zweck der U-Bahn Galerie Rechnung getragen, weswegen das Gremium den Raum der Künstlerin im Januar zur Verfügung stellen wird.

Berichte

Renovierungsarbeiten U-Bahn Galerie (Florina)

Die Renovierungsarbeiten wurden erfolgreich durchgeführt, denn neuen Nutzer:innen konnte eine frisch gestrichene Galerie übergeben werden. Fotos der Renovierungsarbeiten wurden über Social Media Kanäle geteilt. Die künftigen Übergaben werden genau protokolliert werden, um diesen Zustand so lange wie möglich zu wahren. Die aktuellen

Nutzer werden die Galerie bis Ende Oktober belegen.

#### 4. **Unterrichtungen**

##### **F BA-Angelegenheiten, Sonstiges und Termine**

1. Persönliche Beteiligung nach Art. 49 GO, Informationsschreiben des Direktoriums
2. Übersichtsliste zum Stadtbezirksbudget, 1. Halbjahr 2020
3. „Grundsatzbeschlüsse“ der Münchner Bezirksausschüsse zur Zusammenarbeit mit Mandatsträger\*innen der Alternative für Deutschland (AfD)
4. Vorschläge der Vorsitzenden:
  - 4.1 Absage der für den 27.10.2020 geplanten Bürgerversammlung Maxvorstadt  
Die Bürger\*innen werden durch ein Schreiben des Oberbürgermeisters informiert. Frau Dr. Jarchow-Pongratz bittet das Direktorium, ein Informationsschreiben des BA mit zu verschicken.
  - 4.2 Frau Dr. Jarchow-Pongratz regt an, eine Bürgersprechstunde jeweils eine Stunde vor den BA-Sitzungen ab November einzurichten, um die entfallenen wöchentlichen Bürgersprechstunden etwas zu kompensieren und wieder eine direktere Ansprechmöglichkeit für Bürgerinnen und Bürger zu schaffen.  
**Abstimmungsergebnis: Beiden Vorschlägen wird einstimmig zugestimmt**
  - 4.3 Mieterbeirat  
Der Stadtrat wird nach Auskunft der Verwaltung voraussichtlich erst im Februar darüber entscheiden, wer den BA 3 künftig im Mieterbeirat vertritt.  
Frau Dr. Jarchow-Pongratz schlägt daher vor, Herrn Jakob für die Übergangszeit als kommissarischen Ansprechpartner für hilfesuchende Mieter\*innen zu benennen und in einem Schreiben an die dritte Bürgermeisterin gegen die lange Bearbeitungszeit zu protestieren.  
**Abstimmungsergebnis: Beiden Vorschlägen wird einstimmig zugestimmt**  
Um Herrn Jakob zu entlasten, schlägt Frau Hoffmann-Weiss vor, dass zukünftig ein anderes UA-Mitglied die Protokollführung im UA übernimmt. Dies war bereits vorher in Abstimmung und ist somit schon eingeleitet.
  - 4.4 Einladung an die Bezirksinspektion  
Zur Klärung aktueller Fragen soll eine Vertretung der BI Mitte in eine der nächsten BA-Sitzungen eingeladen werden.
5. Kassenrevision  
Herr Mittag verliest den Kassenbericht und bittet um Entlastung des Kassiers.  
**Abstimmungsergebnis: Die Entlastung wird einstimmig beschlossen**

München, 14.10.2020

gez.



Dr. Svenja Jarchow-Pongratz  
Vorsitzende

Doris Grüninger  
Protokoll